

## Black Lives Matter! – und jetzt?

Über die fortschreitende Rassismus-Debatte in Deutschland | Von Shelly Simons

Am 25. Mai 2020 wurde der Afroamerikaner George Floyd von einem weißen Polizisten ermordet, in den darauffolgenden Wochen begannen Solidaritätsbekundungen auf der ganzen Welt. Es wurde für Schwarze Menschen demonstriert und über Rassismus gesprochen – auch in Deutschland. Doch wie sieht die Situation inzwischen aus? Hat sich wirklich etwas verändert oder wurde rein performativ „Black Lives Matter“ gerufen und am 2. Juni 2020, dem Blackout-Tuesday, in sozialen Medien die Bildschirm geschwärzt?

Ein Blick auf die darauffolgenden Ereignisse in Deutschland spricht eine klare Sprache:

Im Juli wurden Überlegungen zu einer Studie zu Racial Profiling in der Polizei von Bundesinnenminister Horst Seehofer abgelehnt. Er sagte im ARD-Morgenmagazin hierzu: „Wir haben kein strukturelles Problem diesbezüglich.“ Für einen Weißen Mann, der nicht von den Problemen des strukturellen Rassismus betroffen ist, ist dies leicht zu sagen, da es in dieser Position ein Privileg ist, sich aussuchen zu können, ob man sich mit der Thematik beschäftigt oder nicht. Für *People of Color* in Deutschland war dies nur die erste von vielen weiteren herben Enttäuschungen nach den Protesten im Land.

Denn nur wenige Wochen später wurde im August bekannt gegeben, dass sich Polizistinnen und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern in WhatsApp-Gruppen über rechtsextreme Inhalte austauschen. Für afrodeutsche Menschen, die bereits allzu oft rassistische Beleidigungen und Racial Profiling durch die Polizei erleiden mussten, ist diese Meldung nun wirklich keine Überraschung mehr. Und wieder wurden Stimmen zur Untersuchung rechtsradikaler Strukturen



in der Polizei laut. Doch lehnte der Bundesinnenminister diese Forderungen erneut ab. Währenddessen häufen sich die Berichte anonymer Polizeibeamter und Auszubildender, die aus erster Hand von eben jenen rassistischen Denkweisen im System und entsprechenden Vorfällen berichten können.

Ich frage mich: Wie offensichtlich soll es denn noch werden, bevor etwas passiert? Diese Verweigerungen sind blanker Hohn und Spott! Die Bedürfnisse nicht-weißer Menschen in Deutschland werden erneut abgetan und als minderwertig angesehen, da sie offensichtlich von weißen Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht ernst

genommen werden. Dabei ist es ein Leichtes, unzählige Berichte von rassistischen Übergriffen der Polizei zu erhalten. So veröffentlichte am 27. Mai 2020 der afrodeutsche Podcast „Kinboy Talks“ gemeinsam mit den ebenfalls Schwarzen Podcast-Kollegen des „Redaktion“-Podcast die Folge „Kennst du deine Rechte? Was darf die Polizei und was darf sie nicht?“ über Polizeigewalt in Deutschland, die auf Spotify kostenlos zugänglich ist. Am 5. Juni 2020 veröffentlichte auch der bekannte „Kanackische Welle“-Podcast eine Folge zum Thema („Polizeigewalt & Racial Profiling in Deutschland“). Auch auf YouTube gibt es viele gute und kluge Videos zum Thema.

Doch damit nicht genug: In der Folge „Hart aber Fair“ vom 5. Oktober zum Thema Sprache werden rassistische Begriffe für Schwarze Menschen im öffentlichen Fernsehen laut ausgesprochen und erneut gefragt, was so schlimm an ihnen sein soll. Wer sich nach den Black-Lives-Matter-Bewegungen ausführlich und intensiv mit den Inhalten und Problematiken von strukturellem Rassismus befasst hat, stellt solche Fragen nicht mehr.

Nur drei Tage später folgt in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ dann der nächste herbe Schlag: Die rassistische Übersetzerin Tina Chittom äußert vor laufender Kamera ihre Überlegungen zur Eugenik – ob Kriminalität bei Schwarzen Menschen nicht auch genetisch bedingt sein könnte. Diese veralteten und menschenverachtenden kolonialrassistischen Ansichten sind schlichtweg falsch, da sie in erster Linie zur Legitimierung von Imperialismus und Kolonialisierung erschaffen wurden.

Es stellt sich also die Frage, warum im Jahre 2020 eine Person mit solchen Ansichten ins öffentliche Fernsehen eingeladen wird. Eine Redakteurin der Nachrichtenseite [watson.de](https://www.watson.de) stellte dem ZDF genau diese Frage und erhielt folgende Antwort:

„Die Gäste für die Sendung ‚Markus Lanz‘ werden nach redaktionellen Ge-

sichtspunkten passend zum jeweiligen Thema ausgewählt. Zum redaktionellen Selbstverständnis gehört es, ein umfassendes Bild der Gesellschaft abzubilden. Dazu gehören auch Vertreter von politischen Richtungen und Meinungen, die nicht mehrheitstauglich sind.“

Die mediale Empörung war erneut groß, und viele Schwarze Menschen fragen sich zu Recht, warum sie für solche Inhalte die Rundfunkgebühr zahlen müssen. Eine Trump unterstützende Rassistin darf bei „Markus Lanz“ sprechen, aber Antirassismus-Expertinnen und -experten, die selbst betroffen sind, habe ich in diesem Diskurs noch in keiner einzigen Talkshow gesehen. Mein Appell lautet: Hört Betroffenen aufmerksam zu, und nehmt ihre Anliegen ernst!

All diese und viele weitere Beispiele zeigen deutlich auf, wie tief struktureller Rassismus in unserer Gesellschaft verankert ist. Er sitzt sogar so tief, dass viele ihn oberflächlich gar nicht bemerken und denken, es gäbe ihn gar nicht mehr oder sie wären frei davon. Deshalb ist es nach wie vor wichtig, sich darüber zu informieren und Bildungsangebote von Betroffenen hierzu wahrzunehmen. Auch und vor allem sollten diese Bildungsangebote verpflichtend für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sein, sodass Antirassismus endlich in konkrete Handlungen umgesetzt werden kann.

Die mediale Aufmerksamkeit der Black-Lives-Matter-Proteste war gut und wichtig. Aber wirkliche Veränderungen im System und im Gespräch mit den Menschen auf der Straße gibt es noch nicht. Antirassistische Bildung und Aufklärung sind essentiell, sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den ersten drei Artikeln des Grundgesetzes. Es bleibt ein langer Weg bis zu ihrer vollen Verwirklichung

### DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathadear.

### Sternenlicht

Beschwerdeführerin, Gläubigerin, Schuldnerin. Es ist 2020, und Wörter wie diese lassen die Männer des Bundesinnenministeriums geradezu hysterisch werden. OK, Boomers! Wirklich überraschend war diese Reaktion natürlich nicht, denn jemand wie Horst Seehofer geht mit Geschlechtergerechtigkeit ebenso entspannt um wie ein Vampir mit direktem Sonnenlicht. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts“ aus dem Bundesjustizministerium ist seiner weiblichen Personenbezeichnungen inzwischen längst wieder entledigt worden. Doch zumindest hat er erreicht, dass verstärkt darüber diskutiert wird, inwieweit deutsche Gesetzestexte noch eine patriarchale Ideologie widerspiegeln.

Dabei ist dieser Vorstoß unter Ministerin Christine Lambrecht nicht einmal wirklich radikal, wenn wir bedenken, dass das Bundesverfassungsgericht die existierende Geschlechtervielfalt unserer Welt und Gesellschaft im Herbst 2017 auch endlich durch das Urteil zur „Dritten Option“ bestätigte.

Auch Gesetzestexte müssten heute insofern viel mehr geschlechterumfassend (zum Beispiel per Unterstrich oder Sternchen) oder geschlechtsneutral formuliert werden. Solange uns die patriarchale Sprachpolizei aber weiterhin schnappatmend das generische Maskulinum zwangsverordnet, werden ganze Menschengruppen unsichtbar gemacht und diskriminiert.

Ein weiteres Problem ist es, wenn diejenigen, die geschlechtergerechtere Sprache abwehren, dabei unhinterfragt mit Begriffen wie „Genderwahnsinn“ um sich werfen dürfen. So geschehen zum Beispiel durch Unions-Fraktionsvize Thorsten Frei, als dieser sich zum Gesetzentwurf Lambrechts äußerte. Viele Medien zitierten seine Aussage, doch ordneten sie nicht ansatzweise ein, dass solche Begriffe Anschlussvokabeln an rechte Ideologie darstellen.

Dabei wird der Gender-Begriff schon seit Jahren gerade aus dem rechten Lager mit Falschbehauptungen und Lügen aufgeladen, um ihn immer weiter von seiner wahren Bedeutung zu entfernen und ihm Bedrohungsszenarien anzudichten. Diese Anti-Gender-Rhetorik spielt eine zentrale Rolle, um rechte Denkweisen gesellschaftsübergreifend salonfähig zu machen. Ein Bewusstsein dafür herrscht in deutschen Redaktionen allerdings kaum, obwohl vor allem Journalist\_innen, die jeden Tag mit Sprache arbeiten, um die Geschehnisse der Welt abzubilden und zu vermitteln, sich dort ihrer Sprachverantwortung absolut bewusst sein müssen.

## Trommel und Trommelfeuer

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 führt zur Gründung Deutschlands und deutet das maschinelle Morden der Kriege des 20. Jahrhunderts an | Von Klaus Grimberg

Zwei Jahre nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges vollendet der Maler Anton von Werner ein repräsentatives Feldherrenporträt des Generalstabchefs Helmuth von Moltke. Hoch zu Ross blickt der Feldmarschall von einem Hügel hinab ins Tal, wo er in der Ferne die französische Hauptstadt Paris erblickt. Entscheidend aber ist ein Detail am Bildrand. Während sich Moltke mit eigenen Augen einen Überblick über das Terrain verschafft, errichten Soldaten eine Telegrafenteleleitung zur raschen Nachrichtenübermittlung. Moltke wird demnach als ein Feldherr gezeigt, dessen strategisches Geschick nicht allein auf klassischer Kriegskunst, sondern auch auf dem Einsatz neuester Technik beruht.

Das Historienbild verdichtet eines der wesentlichen Merkmale dieses Krieges, nämlich eine merkwürdige Ungleichzeitigkeit von traditioneller und industrialisierter Kriegsführung. Trommel trifft auf Trommelfeuer: Nach wie vor schlägt ein Trommler den Takt für den Vormarsch der Infanterie, doch immer öfter bleiben die Angriffe im Feuer moderner Salvengeschütze wie der gefürchteten „Mitrailleuse“ stecken. Stürmische Kavallerieattacken, in Schlachten früherer Kriege oft mitentscheidend, verpuffen unter hohen Verlusten im Sperrfeuer der Gegner. Die bunten

Uniformen unterschiedlichster Regimenter und die offenen Feldschlachten mögen an die Kabinettskriege vergangener Zeiten erinnern. Doch die Operationen der Generale und ihrer Armeen werden dynamischer, aggressiver und verlustreicher. Das maschinelle Morden des Ersten Weltkriegs kündigt sich bereits im „Waffengang“ von 1870/71 an.

150 Jahre nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges wagt das Militärhistorische Museum in Dresden eine überaus vielschichtige Annäherung an einen Konflikt, an dessen Ende mit der Proklamation des Deutschen Kaisers im Spiegelsaal des Versailler Schlosses die deutsche Nationalstaatsgründung öffentlich vollzogen wurde. Die Kuratoren sehen den Krieg in diesem Kontext nicht isoliert, sondern als Schlusspunkt einer historischen Entwicklung, die bereits mit der versäumten Nationenbildung nach der Revolution von 1848/49 einsetzte. Mit dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 und dem Deutschen Krieg von 1866 ebnete der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck den Weg zu einer deutschen Einigung „von oben“ unter Preußens Führung. Diese Vorgeschichte führte nicht zwangsläufig in den Krieg gegen Frankreich. Doch als diese Option sich eröffnete, wusste Bismarck sie zu nutzen.

Mit dieser Einordnung folgt die Dresdener Ausstellung einer verbreiteten Sichtweise unter Historikern. Wirklich spannend aber ist sie wegen der vielen Nuancen, die den Alltag des Krieges und seine Nachwirkungen sehr prägnant veranschaulichen. Nicht nur in der Waffentechnik, auch in der Logistik kündigt sich die Industrialisierung der Kriegsführung an. Der zielgenaue Transport von Truppenteilen mit der Eisenbahn und die rasche Übermittlung von Nachrichten per Telegrafie werden zu entscheidenden Faktoren. In Rüstungsfabriken wird der Nachschub für die Front standardisiert und effizient produziert. Das gilt nicht allein für Gewehre und Geschütze, sondern auch für die Bekleidung und Ausrüstung der Soldaten.

Erstmals ist der Krieg auch an der Heimatfront sehr präsent. Trotz des vorentscheidenden Sieges in der Schlacht von Sedan am 2. September ziehen sich die Kampfhandlungen mit der Belagerung von Paris noch über Monate hin. Korresponden-

ten verschiedener Tageszeitungen „tickern“ ihre Berichte von den Kriegsschauplätzen in die Redaktionen und halten ihre Leser über den Fortgang der Ereignisse auf dem Laufenden. Ebenso sendet die Militärführung eifrig offizielle Depeschen mit patriotischen Siegesmeldungen in die deutschen Staaten, die öffentlich plakatiert werden. Insofern wirft dieser Krieg auch medial seine Schatten in die Moderne voraus: Die Bevölkerung wird nahezu in Echtzeit informiert, und die Propaganda übt sich in der geistigen Kriegsführung, insbesondere was die Diffamierung des Gegners betrifft.

Die gesteigerte Öffentlichkeit führt auch dazu, dass die aufkommende Rotkreuzbewegung schnell viel Zulauf erfährt. Die freiwillige Pflege von Verwundeten und Kranken aller Kriegsparteien wird im Deutsch-Französischen Krieg erstmals auf breiter Front verwirklicht. Ärzte und Pflegepersonal stehen unter dem Schutz der Neutralität, auch in der Heimat engagieren sich Frauen aus dem Adel und Bürgertum in der Ausbildung von Krankenschwestern und in der Sammlung von „Liebesgaben“ für die Soldaten – Lebensmittel, Wäsche, aber auch Verbandszeug und Medikamente. In der Sorge um verletzte Soldaten und ihre bestmögliche Versorgung wird der Krieg nun nicht mehr nur auf den Schlachtfeldern geführt, sondern auch in den Lazaret-



KLAUS GRIMBERG

ist Historiker und freier Journalist aus Berlin.

**DER HAUPTSTADTBRIEF.** Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](https://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)